



<https://biz.li/31ld>

SPD: "MEDIZINISCHE VERSORGUNG WEITER EIN KERN DER ÖFFENTLICHEN DASEINSVORSORGE IN DER REGION"

Veröffentlicht am 01.03.2023 um 15:26 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Bei allen Überlegungen über die Neuaufstellung des Klinikums Region Hannover (KRH) und der medizinischen Versorgung in der Landeshauptstadt und den Umland-Kommunen setzt die SPD auf eine bestmögliche Versorgung in öffentlicher Hand. "Unsere medizinische Versorgung soll und muss auch weiter fester Kern der öffentlichen Daseinsversorgung bleiben", meint Leyla Hatami. Dabei setzt sich die Co-Vorsitzende der Sozialdemokratie in der Region Hannover für ein Nachdenken über Standorte und Einrichtungen ohne Vorbehalte ein. "Wir werden angesichts eines neuen Krankenhausgesetzes und der rapide steigenden Kosten im Gesundheitssystem für eine bestmögliche Medizinversorgung um Veränderungen nicht umhin kommen", so Hatami weiter. Auch wenn sich die SPD-Politikerin eine rasche Entscheidung wünsche, begrüßt sie zugleich die Initiative von Regionspräsident Steffen Krach, weitere Expertise einzuholen und bewusst über den "eigenen Tellerrand" zu schauen. "Es ist uns als Sozialdemokratie in der Region Hannover ein Herzensanliegen, dass sich die 1,2 Millionen Menschen darauf verlassen können, dass das Regionalklinikum zukunftssicher und auch in den kommenden Jahren eine medizinische Versorgung auf höchstem Niveau bieten wird", ergänzt die Isernhagerin. Mit den derzeitigen Strukturen und Einrichtungen sei das nicht gesichert. "Bei allem verständlichen Unmut und berechtigten Sorgen sind wir damit heute schon weiter als viele andere große Klinikstandorte in Deutschland", so Hatami weiter. Die Sorgen der Menschen im Umland nehme die SPD in der Region Hannover vielmehr sehr ernst. "Niemand muss befürchten, dass beispielsweise leichte Verletzungen nicht mehr wohnortnah versorgt werden", erklärt die Isernhagerin. Das neue Krankenhausgesetz in Niedersachsen sehe hierfür unter anderem Medizinische Versorgungszentren vor. Diese gelte es jetzt zu entwickeln und erfahrbar zu machen. Die Ängste und Sorgen der Menschen aber politisch zu instrumentalisieren, sei fahrlässig und unseriös.